

Internet-Banking und sparkassenrechtliches Regionalprinzip

Bearbeiter: Volker Schepers

Die Sparkassen bestehen in Deutschland überwiegend als von den Gemeinden getragene Anstalten des öffentlichen Rechts. Als solche sind sie in der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Betätigung öffentlich-rechtlichen Beschränkungen unterworfen. Eine davon, das sogenannte Regionalprinzip, bewirkt eine räumliche Begrenzung des Geschäftsgebiets jeder Sparkasse. Die vorliegende Arbeit untersucht, welche Konsequenzen sich hieraus für den Interneteinsatz der Sparkassen ergeben.

Nach einem einleitenden ersten Teil gibt der zweite Teil einen Überblick über die Nutzung des Internets im Bereich der Finanzdienstleistungen und stellt ferner die Aktivitäten der Sparkassenorganisation auf diesem Gebiet ausführlich dar. Dazu gehört vor allem das Konzept des zentralen Finanzportals, das unter der Adresse »www.sparkasse.de« eingerichtet wurde. Von diesem Portal aus, auf dem selbst keinerlei Geschäftsabschlüsse möglich sind, wird der Besucher unter anderem zu den Internetseiten einzelner Sparkassen weitergeleitet. Des Weiteren geht die Arbeit auf die Gründung des einheitlichen und bundesweit tätigen Online-Brokers der Sparkassenorganisation ein, der im August 2001 seine Arbeit aufgenommen hat. Schließlich werden die Sparkassenaktivitäten im Bereich virtueller Marktplätze erläutert.

Im dritten Teil widmet sich die Arbeit den normativen Grundlagen und dem Geltungsumfang des Regionalprinzips. Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet das Verfassungsrecht, nämlich Art. 28 Abs. 2 GG und die entsprechenden Vorschriften der Landesverfassungen sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Aus diesen Verfassungsnormen und -grundsätzen ergibt sich eine Beschränkung der Gemeinden auf die Befassung mit Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Diese Beschränkung gilt auch für die von den Gemeinden getragenen kommunalen Sparkassen. Die Landesgesetzgeber haben jedoch in gewissem Umfang die Möglichkeit, diese verfassungsrechtliche Regelung auszugestalten. Hiervon haben sie in den jeweiligen Sparkassengesetzen und -verordnungen Gebrauch gemacht. Die Arbeit stellt deshalb die landesrechtlichen Regelungen über die Werbung von Sparkassen, über das Aktiv- und Passivgeschäft sowie über sonstige Dienstleistungsgeschäfte dar und untersucht ihr Verhältnis zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage.

Anknüpfend an das im vorhergehenden Abschnitt gefundene Ergebnis wird im vierten Teil der Arbeit die Zulässigkeit des Interneteinsatzes der kommunalen Sparkassen anhand der derzeit geltenden Rechtslage überprüft. Erörtert wird zunächst, in welchem Umfang eine einzelne kommunale Sparkasse das Internet einsetzen darf, beispielsweise in Form des Betriebs einer Homepage, der Bereitstellung von Online-Banking-Angeboten sowie des Betriebs virtueller Marktplätze. Sodann geht die Arbeit auf die Zulässigkeit der Kooperationsprojekte der Sparkassenorganisation ein, also vor allem auf das zentrale Finanzportal und den gemeinsamen Online-Broker. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, inwieweit solche weitgehenden Kooperationen der Kommunen sich im Rahmen ihrer Verbandskompetenz halten und mit dem von Art. 28 Abs. 2 GG vorgegebenen Prinzip dezentraler Aufgabenverteilung vereinbar sind.

Der fünfte Teil der Arbeit widmet sich der Frage, welche Möglichkeiten bestehen, den Handlungsrahmen der kommunalen Sparkassen in Bezug auf den Interneteinsatz zu erweitern. Die Untersuchung befasst sich dabei insbesondere mit den Möglichkeiten einer - sowohl vertikalen als auch horizontalen - Kooperation im Sparkassenverbund.

Auf der Grundlage der bis dahin gefundenen Ergebnisse bildet im sechsten Teil eine rechtspolitische Beurteilung des Regionalprinzips den Abschluss der Arbeit. Zu beobachten ist derzeit ein Wandel des Selbstverständnisses der Sparkassen hin zu einer weitgehenden Gleichstellung mit den privaten Konkurrenten. Angesichts dessen erscheint eine Rückbesinnung auf den spezifischen öffentlichen Auftrag und die damit einhergehenden öffentlich-rechtlichen Bindungen geboten. Denn trotz der räumlichen Beschränkung der Geschäftstätigkeit von Sparkassen bietet der geltende Rechtsrahmen ausreichende Möglichkeiten, um auf das durch elektronische Vertriebswege veränderte Marktumfeld zu reagieren.

Die Arbeit ist im Frühjahr 2003 als Band 45 der Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Instituts erschienen.